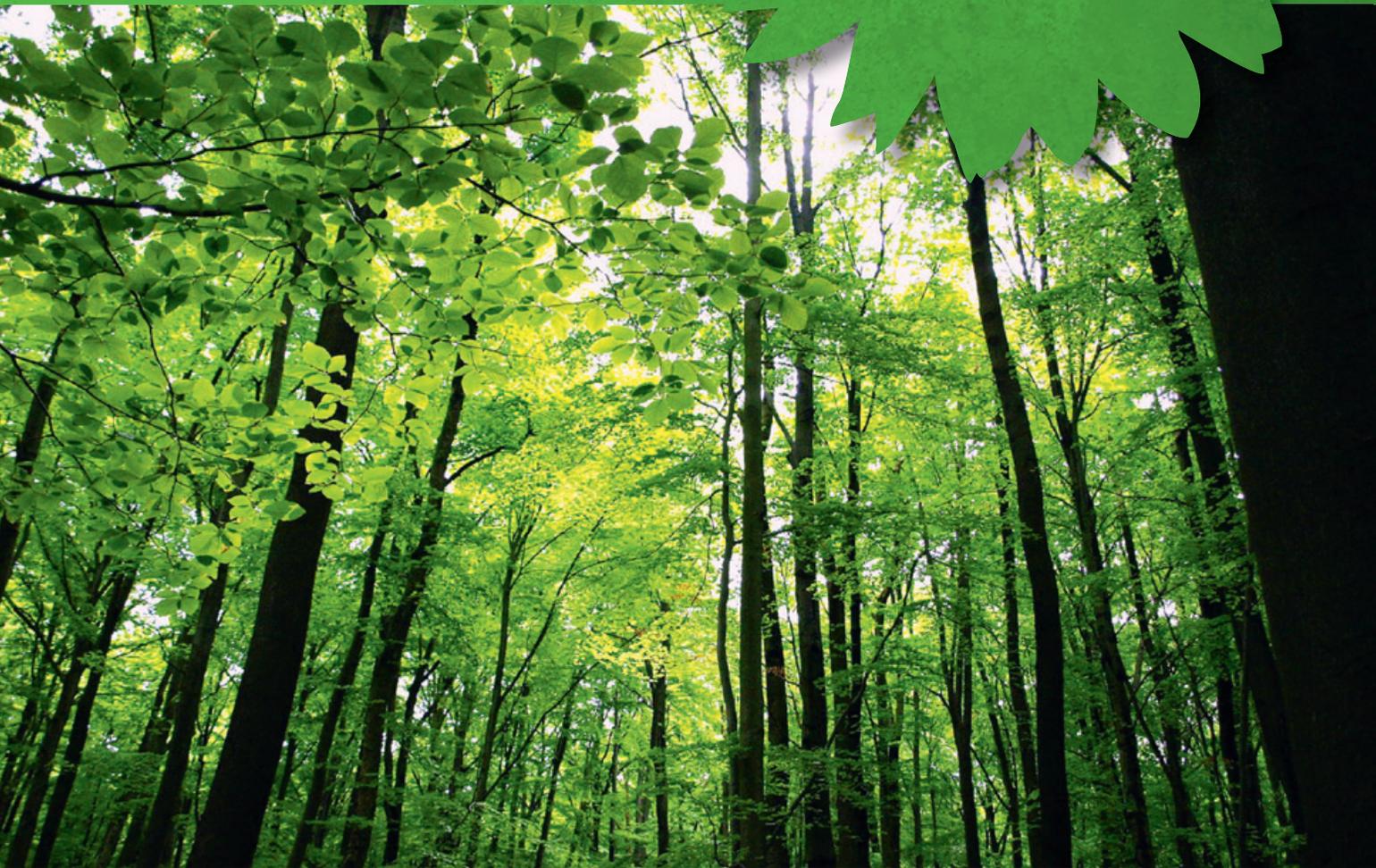

hinterGRÜNde

Grüne Infos aus dem Thüringer Landtag

Ausgabe 01/2017



THÜRINGEN GRÜNT!



VERSORGEN

Bedarfsorientierte
Krankenhaus- und
Gesundheitsplanung

3

VERBESSERN

Notwendige Investitionen
im Bildungsbereich

5

VERBINDEN

Ausbau des
Öffentlichen Nahverkehrs

9

Liebe Leserinnen und Leser,



ein aufregender Start ins neue Jahr liegt bereits hinter uns, ein spannendes Jahr 2017 noch vor uns. Nach dem schlimmen Attentat auf dem Weihnachtsmarkt in Berlin kocht in Deutschland derzeit die Sicherheitsdebatte. Viele Vorschläge stehen im Raum und werden auf Bundes- und Länderebene kritisch, aber leider nicht immer sachlich diskutiert. Auch bei uns in Thüringen. Welche **Vorschläge zur inneren Sicherheit** sinnvoll und umsetzbar sind und welche eher einen Placebo-Effekt für die Bevölkerung darstellen, damit beschäftigen wir uns derzeit intensiv. In dieser Ausgabe der hinterGRÜNde erhalten Sie einen kurzen Überblick.

Thüringen grüner zu machen, das ist auch 2017 unser erklärtes Ziel. Dafür bringen wir Projekte auf den Weg, die das Klima schützen und die Natur erhalten. So gibt es bereits

neue Entwicklungen im Bereich der **Solarenergie, dem Ausbau des ÖPNV und der E-Mobilität** im Land. Wir widmen uns in der aktuellen Ausgabe außerdem erneut einem der größten Schätze Thüringens: unserem Wald. Nicht nur, dass der Wald als Ausflugs- und Erholungsziel eine wichtige Bedeutung für den Tourismus und die Menschen im Land besitzt, er bietet außerdem Lebensraum für eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt, die es zu erhalten gilt. Deshalb setzen wir uns weiter für die **Entwicklung von Waldwildnisgebieten** ein.

Auch das **Tierwohl und der Tierschutz** liegen uns nach wie vor sehr am Herzen. Deshalb haben wir uns mit der Situation der Tierheime im Land beschäftigt und uns vor Ort in Eisenach ein Bild gemacht. Ebenso wichtig ist uns aber auch die Tierhaltung in der Landwirtschaft. Hier stehen wir für eine an Umwelt- und Naturschutz ausgerichteten Tierhaltung. Einen weiteren Erfolg **gegen die Massentierhaltung** konnten wir bereits in diesem Jahr verbuchen. Was es damit auf sich hat, erfahren Sie in dieser Ausgabe.

Wie schon seit dem Beginn unserer Legislatur haben wir uns das Bewahren unserer offenen und vielfältigen Gesellschaft auch für das anstehende Jahr 2017 auf die Fahnen geschrieben. Dass die Fraktionen von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, SPD und CDU im Thüringer Landtag die Einsetzung einer **Enquete-Kommission zu den Themen Rassismus und Diskriminierung** ins Leben gerufen haben, begrüßen wir deshalb ausdrücklich. Wir sind gespannt auf die Arbeit der Kommission, in der für uns Madeleine Henfling als Mitglied sitzen und die Fraktion vertreten wird.

Überrascht waren wir kurz nach Jahreswechsel über die Reaktionen einiger Bundesländer zur Diskussion um **Ab-schiebungen nach Afghanistan**. Dass wir vor dem Hintergrund des UNHCR-Berichts diese weiterhin ablehnen, machen wir in der aktuellen Ausgabe nochmals deutlich.

Mit welchen Vorstellungen von notwendigen **Investitionen im Bildungsbereich** wir in die kommenden Haushaltsverhandlungen gehen, lesen Sie ebenso in dieser Ausgabe, wie unsere Pläne, die **Verbesserungen in der medizinischen Versorgung** in Thüringen voranzubringen.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen der aktuellen Ausgabe!

Dirk Adams

Fraktionsvorsitzender

i Inhalt

Editorial	2
Tierschutz in Thüringen – Tierheime besser unterstützen	3
Thüringer Gesundheitsversorgung im stationären Bereich voranbringen	3
Genossenschaften stärken als demokratische und solidarische Wirtschaftsform	4
Koalition einigt sich auf Beendigung der Förderung für Massentierhaltung	4
Investitionsbedarf im Bildungsbereich	5
Sicherheit schaffen –Bürgergesellschaft verteidigen	6
Einsetzung einer Enquete-Kommission „Rassismus“ beschlossen	7
Possenwald im Fokus – Chance für den Naturschutz jetzt ergreifen	8
Sonnenstrom im Land macht großen Schritt	9
Menschenorientierte Flüchtlingspolitik, Schutz, Bleiberecht und Gesundheit für alle	10
Termine – Rück- und Ausblick	11

TIERSCHUTZ IN THÜRINGEN – TIERHEIME BESSER UNTERSTÜTZEN



Tierschutz und Tierwohl sind grüne Kernthemen, die wir als Fraktion in Zukunft auch weiterhin intensiv bearbeiten werden. Im Bereich Tierschutz wollen wir künftig auch die Thematik „Arbeit in Tierheimen“ verstärkt in den Fokus nehmen. Die Arbeit in den 23 Thüringer Tierheimen muss aus grüner Sicht wertgeschätzt und angemessen finanziert werden.

Anfang Januar 2017 besuchte Babett Pfefferlein das Vereinstierheim in Eisenach. Horst Fischer, Vorstandsvorsitzender des Landestierschutzverbandes Thüringen e.V. und Vorstandsvorsitzender des Tierheims Eisenach, berichtete über die Einrichtung und die landes- und bundesweiten Herausforderungen im Tierschutz.

Im Tierheim in Eisenach werden derzeit 84 Katzen und zwölf Hunde betreut. Diese Tiere wurden entweder als Fundtiere oder aber als sogenannte Abgabetierviere von Besitzern direkt an das Haus abgegeben. Das Eisenacher Tierheim ist ein modern eingerichtetes Haus mit einem großzügigen Außengelände, allerdings stehen regelmäßig Reparaturen an.

Problematisch für den Betrieb der Tierheime sind außerdem Engpässe beim Personal, hohe bürokratischen Hürden und



Foto: Babette Pfefferlein

Babett Pfefferlein zu Besuch im Vereinstierheim in Eisenach

unzureichende Refinanzierungsmöglichkeiten. Die kommunalen Zuschüsse für die Unterbringung und Pflege von Fundtieren oder für Tiere, die in Obhut genommen werden müssen, reichen oft nicht aus, um die täglich anstehende Arbeit auskömmlich zu finanzieren.

Wir Grüne sehen Tierschutz als staatliche Aufgabe mit einem hohen ehrenamtlichen Engagement, die auch finanziell auf sichere Füße gestellt werden und eine hohe gesellschaftliche Anerkennung erfahren muss. Da dürfen auch die Tierheime im Land nicht außen vor bleiben.

THÜRINGER GESUNDHEITSVERSORGUNG IM STATIONÄREN BEREICH VORANBRINGEN

Mit der Erarbeitung des 7. Landeskrankenhausplanes für Thüringen werden die Weichen für ein zukunftsfähiges Kliniknetz im Land gestellt, das am Patientenwohl orientiert ist. Die Qualität der Krankenhausversorgung soll und muss weiter ausgebaut werden. Dies ist besonders im Hinblick auf Gewährleistung einer umfassenden medizinischen Versorgung von Patienten im ländlichen Raum notwendig. Für uns Grüne muss die Erreichbarkeit dabei ebenso sichergestellt sein, wie ein hoher Qualitätsstandard in den Häusern. Die Facharztquote für einzelne Fachabteilungen gilt als eine Anforderung an die Qualität in den Kliniken.

Unser erklärtes Ziel ist es, die Krankenhauslandschaft in Thüringen zu stabilisieren, die bestehende Struktur zu modernisieren

und den Bedarf anzupassen. Die Krankenhäuser sollen sich durch Kooperationen und Absprachen wechselseitig entlasten und die sektorenübergreifende Zusammenarbeit stärken. „In der langfristigen Sozial- und Gesundheitsplanung soll im Speziellen die Palliativmedizin ausgewiesen werden. Die Arbeit der stationären Hospizeinrichtungen und der ambulanten Hospizdienste hat sich bewährt. Sie soll verstetigt und ausgebaut werden. Außerdem streben wir einen flächendeckenden Ausbau der ambulanten palliativmedizinischen Versorgung in Thüringen an.“

„Wir wollen die **Krankenhausversorgung** als Teil der **staatlichen Daseinsvorsorge** sicher stellen und den **Erhalt von Krankenhäusern** in kommunaler Trägerschaft fördern.“



GENOSSENSCHAFTEN STÄRKEN



ALS DEMOKRATISCHE UND SOLIDARISCHE WIRTSCHAFTSFORM

Genossenschaften begegnen uns überall. Von der Konsumgenossenschaft über den Wohnungsbau, die Landwirtschaft, die Kultur- und Kreativwirtschaft, bis hin zum Bankenwesen findet man sie in fast allen Branchen. Im Gegensatz zu einer Aktiengesellschaft oder GmbH steht bei einer Genossenschaft nicht die Gewinnerzielungsabsicht sondern das kooperative Handeln für einen gemeinschaftlichen Zweck im Vordergrund.

In der Generalversammlung hat jedes Genossenschaftsmitglied unabhängig von der Kapitalbeteiligung genau eine Stimme. Das macht eine Genossenschaft demokratisch. Der Genossenschaftsgedanke reicht bis ins 19. Jahrhundert ins Zeitalter der Industrialisierung und geht auf die Namen Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schulze-De-litzsch zurück. Damals musste der Not leidenden ländlichen

Bevölkerung und den Handwerkern dringend wirtschaftlich geholfen werden. Aber auch nach dem Zweiten Weltkrieg und zur Jahrtausendwende fanden Genossenschaften weiterhin großen Zulauf.

Unser Koalitionsvertrag äußert sich klar zum Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und zur Sicherung der sozialen Infrastruktur. Mit einem im Januar-Plenum verabschiedeten Antrag setzen wir uns als rot-rot-grüne Koalition für eine Gleichbehandlung und Stärkung der Wirtschaftsform eG in Thüringen ein. Sie zeichnet sich durch Nachhaltigkeit, Gemeinsinn, Wirtschaftlichkeit und demokratische Mitbestimmung aus. Damit wollen wir Verbesserungen für Genossenschaften prüfen lassen und sicherstellen, dass sie insbesondere bei Förderungen nicht gegenüber anderen Unternehmen benachteiligt werden.

Die Plenarrede von Olaf Müller finden Sie unter:

► gruenlink.de/1bh3



KOALITION EINIGT SICH AUF BEENDIGUNG DER FÖRDERUNG FÜR MASSENTIERHALTUNG



Foto: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Deutlich steht es im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag. Doch bis eine Vereinbarung auf der Verwaltungsebene wirkungsvoll umgesetzt wird kann es manchmal doch etwas länger dauern als gedacht. So geschehen bei der Massentierhaltung: Nach zweijährigen Verhandlungen ist es uns Bündnis-grüneN nun endlich gelungen, die Landesförderung für die Tierhaltungsanlagen, die über den tierspezifischen Grenzen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) liegen, zu beenden. Damit wird es keinen Cent mehr für die Erweiterung von solchen Anlagen geben. Ein wichtiger Schritt gegen die Förderung von Massentierhaltung.

Vor einem Jahr hatten wir bereits die Prioritäten der Förderung hin zu mehr Bio und artgerechter Tierhaltung verschoben. Da jedoch mehr Fördergelder zur Verfügung gestellt wurden, als letztlich Anträge eingereicht wurden, erhielten mehr oder weniger alle Anlagen in Thüringen eine Förderung, auch die, die über den Grenzen des BImSchG lagen. Das hat nun ein Ende.



BILDUNG ÖFFNET DIE TÜREN ZUR WELT

Noch gut erinnern wir uns an die Verabschiedung des letzten Doppelhaushalts: Die CDU-Landtagsfraktion hatte es nicht geschafft, 2016 auch nur einen einzigen Änderungsantrag zu stellen. Umso verwunderlicher sind nun ihre öffentlichkeitswirksamen Forderungen nach millionenschweren Maßnahmenpaketen für den Bildungsbereich. Wir Grüne diskutieren bereits intensiv mit unseren Koalitionspartnern die Aufstellung des anstehenden Doppelhaushaltes für die Jahre 2018/2019. Als grüne Landtagsfraktion haben wir klare bildungspolitische Vorstellungen, was umgesetzt werden muss.

Bessere Qualität und mehr Personal in den Kindergärten

Die Personalsituation in unseren Kindergärten und Krippen ist angespannt. Seit Jahren hat Thüringen hier Nachholbedarf. Wichtig ist uns daher, mit dem kommenden Doppelhaushalt spürbar nachzusteuern, gerade bei der Betreuungssituation. Für Kinder mit Handicaps, für die Leitung der Kita und für die Ausgestaltung von Eltern-Kind-Zentren wollen und werden wir daher mehr Ressourcen bereitstellen.

Mehr Lehrkräfte und mehr Erzieherinnen und Erzieher in die Schulen

500 Lehrerinnen- und Lehrer-Neueinstellungen pro Jahr sind bereits ein deutlicher Fortschritt gegenüber der letzten Legislatur. Allerdings reichen auch diese nicht aus, um die Altersabgänge der nächsten Jahre und den hohen Krankenstand adäquat zu kompensieren. Wir setzen uns daher für eine Ausweitung der unbefristeten Neueinstellungen von Lehrkräften ein. Notwendig wird das aufgrund steigender Schülerzahlen, zusätzliche Bedarfe durch Inklusion und die Beschulung von Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache in Deutsch-als-Zweitsprache. Ein weiteres Ziel ist der Ausbau der Vertretungsreserve für die Schulen und für die Erzieherinnen und Erzieher im Hort.

Umfassendes Personalentwicklungskonzept für den Schulbereich

Die Einstellungsbedingungen im Schulbereich müssen deutlich attraktiver werden, damit wir auch zukünftig freie Lehrerstellen mit gut ausgebildeten Lehrkräften besetzen können. Bereits jetzt herrscht ein Mangel in ei-

nigen Schulfächern, besonders in ländlichen Regionen. Daher fordern wir die Umsetzung eines umfassenden Personalentwicklungskonzeptes für den Schulbereich. Dieses muss u.a. ein modernes Besoldungsgesetz, ein Programm für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger sowie mehr Nachqualifizierung beinhalten.

DaZ-Lehrkräfte dauerhaft einstellen

150 Lehrkräfte für Deutsch-als-Zweitsprache (DaZ) sind derzeit für zwei Jahre befristet im Thüringer Schuldienst beschäftigt. Viele dieser Verträge laufen demnächst aus, obwohl die DaZ-Lehrerinnen und -Lehrer dringend weiter benötigt werden. Fakt ist: Es fehlen Lehrkräfte für diesen Bereich, deshalb braucht es feste zusätzliche Stellen.

Jugendförderung vor Ort und Schulsozialarbeit stark machen

Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, die für die Kommunen so wichtigen Mittel der Richtlinie „Örtliche Jugendförderung“ von 10 auf 15 Millionen Euro zu erhöhen. Dafür machen wir uns weiter stark, um Programme im Bereich der offenen Jugendarbeit, des Kinderschutzes und der Schulsozialarbeit ausreichend finanzieren zu können. Ebenso wichtig ist es, das Landesprogramm Schulsozialarbeit auf sichere Füße zu stellen und die Tarifsteigerungen zu garantieren.

Erwachsenenbildungsgesetz ausfinanzieren

Mit dem Ende Dezember verabschiedeten Erwachsenenbildungsgesetz schaffen wir verlässliche Perspektiven und ab 2018 eine bessere finanzielle Grundausrüstung für freie und öffentliche Träger. Für den kommenden Haushalt werden pro Jahr 1,3 Millionen Euro mehr benötigt, um das Gesetzesvorhaben auch mit Leben füllen zu können.

Wir wissen, dass es angesichts der Haushaltslage in Thüringen schwer sein wird, alle notwendigen Verbesserungen zu erreichen. Dennoch werden wir alles daran setzen. Für uns gilt: Wer nicht kämpft hat schon verloren! Investitionen in Bildung jedenfalls werden sich perspektivisch immer rechnen und ersparen hohe Folgekosten.

Astrid Rothe-Beinlich:
„Investitionen in Bildung werden sich perspektivisch immer rechnen.“



SICHERHEIT SCHAFFEN – BÜRGERGESELLSCHAFT VERTEIDIGEN

Seit dem schrecklichen Anschlag auf dem Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche in Berlin hat die Sicherheitsdebatte in Deutschland, und auch in Thüringen, wieder an Fahrt aufgenommen. Was sind sinnvolle Maßnahmen, die wir in Thüringen ergreifen können, um die Sicherheit weiter zu erhöhen?



Im Rahmen des Stellenabbaukonzeptes der Vorgängerregierung wurden die Neueinstellungen bei der Polizei stark reduziert. Das führte dazu, dass heute bei der Polizei in Thüringen viele Planstellen unbesetzt sind und die Altersstruktur des Personals problematisch ist: Durch geringe Einstellungszahlen in den letzten Jahren haben wir im Bundesvergleich relativ wenige junge und überproportional viele ältere Polizistinnen und Polizisten. Bereits zu Beginn der Legislatur hat die rot-rot-grüne Koalition dies erkannt, den Stellenabbaupfad ausgesetzt und mehr junge Menschen eingestellt. Diese müssen allerdings erst ausgebildet und nach ihrer dreijährigen Ausbildung im nächsten Jahr in den aktiven Dienst übernommen werden.

Inzwischen zeichnet sich ab, dass auch die bereits erhöhten Einstellungszahlen nicht ausreichen. Deshalb setzen wir uns gemeinsam mit dem Innenministerium dafür ein, die Ausbildungszahlen noch in diesem Jahr zu erhöhen. Um die Polizei kurzfristig zu entlasten und wieder „mehr Blau auf die Straße“ schicken zu können, wird derzeit außerdem das Gutachten zur Polizeistrukturereform ausgewertet sowie eine Aufgabenkritik durchgeführt, die Bereiche identifizieren soll, in denen keine Vollzugsbeamten eingesetzt werden müssen. Diese stehen dann wieder für originäre Polizeiaufgaben zur Verfügung.

Gut ausgebildete Polizistinnen und Polizisten in ausreichender Zahl sind das wirksamste Mittel, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Doch auch deren Sicherheit müssen wir gewährleisten. Deshalb wurden und werden die Polizistinnen und Polizisten unter anderem mit neuen Schutzwesten und –helmen ausgestattet. Bei der Einführung von sogenannten Body-Cams sind wir Bündnisgrüne eher skeptisch, werden aber die Ergebnisse des anlaufenden Pilotprojekts des Innenministeriums abwarten, um uns auf deren Basis eine abschließende Meinung zu bilden.

Body-Cams sollen Polizistinnen und Polizisten vor Widerstandshandlungen und Angriffen schützen. Viele sehen das skeptisch und verweisen auf die Möglichkeit, dass der Einsatz von Body-Cams eine Eskalation eher befördert und nicht verhindert. Auch **Datenschützer** sehen ihren Einsatz **kritisch**.

Die Einführung einer elektronischen Fußfessel für sogenannte islamistische Gefährder muss gründlich überdacht, geprüft und vor allem intensiv mit den Fachleuten bei der Polizei diskutiert werden. So gibt es einige starke Argumente gegen die Einführung eines solchen Instrumentes. Einerseits ist es zum Beispiel rechtlich fragwürdig, jemanden mit einer freiheitsbeschränkenden Maßnahme zu belegen, der noch nicht verurteilt worden ist. Andererseits kann es auch die Möglichkeiten der Ermittlungsbehörden einschränken, da Gefährder durch eine solche Maßnahme vorgewarnt werden und Ermittlungen in deren Umfeld erschwert werden können.

Generell muss man aber feststellen, dass die Möglichkeiten, die unsere Sicherheitsbehörden haben, bei konsequenter Anwendung, in den allermeisten Fällen ausreichen und bereits ausgereicht haben, um die Sicherheit in Deutschland und unserem Bundesland zu gewährleisten. In einer offenen, demokratischen Gesellschaft kann es allerdings keine vollkommene Sicherheit geben. Die Herausforderung in den demokratischen Gesellschaften besteht heutzutage darin, ein Gleichgewicht zwischen Freiheit und Sicherheit zu finden. Wir setzen uns daher für sinnvolle Verbesserungen ein. Pauschale Ausweitung von Sicherheitsmaßnahmen und Kompetenzen für Sicherheitsbehörden lehnen wir aber ab.

EINSETZUNG DER ENQUETE-KOMMISSION „RASSISMUS“ BESCHLOSSEN

Hier geht es zur
entsprechenden
Drucksache 6/3108:

► gruenlink.de/1bhn



Madeleine Henfling

Mit der im Januar-
plenium eingesetzten
Enquete-Kommission
zur Auseinandersetzung
mit Rassismus, Diskrimi-
nierung und gruppen-
bezogener Menschen-
feindlichkeit hat der
Thüringer Landtag eine
der Empfehlungen des
NSU-Untersuchungs-
ausschusses aus der
letzten Legislaturperiode
umgesetzt.

In der Enquete, die den vollen Titel „Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen in Thüringen sowie ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die freiheitliche Demokratie“ trägt, wird Madeleine Henfling uns Bündnisgrüne vertreten. Mit der Unterstützung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren wollen wir uns in der Kommissionsarbeit mit allen Erscheinungsformen des Rassismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen auseinandersetzen. Ziel ist es außerdem, Erkenntnisse aus den daraus resultierenden Gefährdungen für die demokratische Kultur zu gewinnen. Auf Grundlage dieser Analyse sollen Handlungsempfehlungen erarbeitet werden, um rassistische Einstellungen zurückzudrängen.

Als Bündnisgrüne wollen wir dabei einen der Untersuchungsschwerpunkte auf den „institutionellen Rassismus“ legen. Bisher gehen viele Erklärungsansätze davon aus, rassistisches Verhalten lediglich als individuelles Fehlverhalten einzustufen, oder es als ein Problem anzusehen, das nur am rechtsextremistischen Rand existiert. Wir halten es hingegen für dringend notwendig, zukünftig viel stärker strukturelle Diskriminierungsmechanismen in den Blick zu nehmen, die auf Vorurteilen und Stereotypisierungen beruhen und so zur gesellschaftlichen Ausgrenzung einzelner Gruppen und der Etablierung von Benachteiligungsstrukturen führen.

Amnesty International und der Menschen-

rechtskommissar des Europarates haben in ihren Berichten in den beiden vergangenen Jahren festgestellt, dass in Deutschland gegenwärtig Formen des „institutionellen Rassismus“ vorliegen, die auch schon beim Versagen der Sicherheitsbehörden im NSU-Komplex wirksam waren.

Die Enquete-Kommission ist für uns neben der Aufklärung im NSU Untersuchungsausschuss ein wesentliches Instrument, um die Ursachen für das Entstehen von Rassismus, Rechtsextremismus und letztendlich auch Rechtsterrorismus zu beleuchten und aktiv dagegen vorgehen zu können.

Wir können es nicht hinnehmen, dass Menschen in dieser Gesellschaft diskriminiert werden. Der Kampf gegen Rassismus ist ein wichtiger Schritt, um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken. Dafür werden wir uns auch in der Enquete-Kommission stark machen.

Die **1%** in Thüringen
auf dem Schirm haben



Die Initiative „Ein Prozent“ ist eine neurechte Gruppierung, die in der letzten Zeit immer sichtbarer wird. Zu den Unterstützern zählen unter anderem der neurechte Götz Kubitschek und Jürgen Elsässer. Die Initiative ist ein Unterstützernetzwerk für rechte Identitäre, welche auch die Projekte des eigenen Klientels finanziert.

Auch in Thüringen konnte die Initiative beobachtet werden, so zum Beispiel in einer Bürgerversammlung am 5. Juni 2016 zum möglichen Moscheebau in Erfurt-Marbach oder in Schöngleina, wo sie die Abzäunung einer Geflüchtetenunterkunft unterstützten.

Mit der Kleinen Anfrage „Verein ‚Ein Prozent‘ in Thüringen“ (Drucksache 6/3236) versuchte Madeleine Henfling, Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus, auf die Initiative aufmerksam zu machen und weitergehende Angaben über die Agitationen in Thüringen zu erfahren.

CHANCE FÜR DEN NATUR- SCHUTZ JETZT ERGREIFEN



Steckbrief Possenwald:

-  Gelegen in der Hainleite, südöstlich von Sondershausen
-  Ehemaliger fürstlicher Jagdwald
-  Überwiegend Waldmeister- und Orchideen-Kalk-Buchenwälder
-  Wertvoller Naturschutzbereich: ca. 3.300 Hektar
-  Jährlich 300.000 Besucherinnen und Besucher im Freizeit- und Erholungspark „Possen“

Wilder Wald für die biologische Vielfalt

Naturschutz steht im Mittelpunkt der Politik für BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN. Im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag wurde deshalb vereinbart, in der aktuellen Legislaturperiode das sogenannte 25.000-Hektar-Ziel umzusetzen. Das bedeutet, dass mindestens 5% des Waldes in Thüringen dauerhaft aus der forstwirtschaftlichen Nutzung genommen werden sollen. Konkret untersetzt wird dieses Ziel durch die Aussage, dass auch großflächige Gebiete in den Bereichen Vessertal, Wartburg-Inselsberg und Hainleite-Possen in diese Gebietskulisse fallen sollen.

Für den Sprecher für Umwelt und Naturschutz der grünen Landtagsfraktion in Thüringen, Roberto Kobelt, ist klar: „Nur in großflächig zusammenhängenden, nutzungsfreien Waldflächen kann die Vielfalt der Waldarten dauerhaft gesichert werden.“ Viele Tier- und Pflanzenarten sind auf Naturwälder angewiesen, in denen die Bäume alt werden dürfen und in

denen alle Waldentwicklungsstadien nebeneinander vorkommen. Diese Großflächigkeit bedeutet – bezogen auf die Verhältnisse in Mitteleuropa – größer als 1.000 Hektar.

Gerade am Possen findet sich eine solche unzerschnittene Fläche mit einem ausgedehnten Rotbuchenwald. „Für diesen Lebensraum trägt Thüringen eine globale Verantwortung“, so Roberto Kobelt, „da die Rotbuche in Deutschland ihren Verbreitungsschwerpunkt hat.“

Nur in forstwirtschaftlich ungenutzten Buchenwäldern kann sich das spezifische Arteninventar optimal entwickeln. Auch aus nationaler Sicht ist der Possen als Waldwildnisgebiet bedeutsam: Als Teil der Hainleite bildet er ein wichtiges Verbindungsglied zwischen den urwaldartigen Buchenwäldern der Hohen Schrecke und dem Nationalpark Hainich.

Freude auf Naturwald am Possen

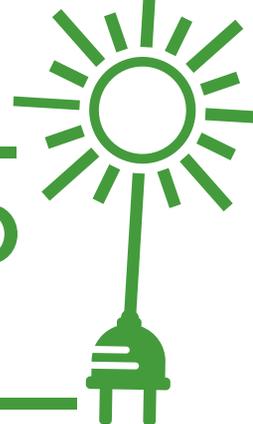
„Die Sondershäuserinnen und Sondershäuser lieben ihren Possen“, weiß die regionale, grüne Landtagsabgeordnete Babett Pfefferlein. Am Possen befinden sich das im 18. Jahrhundert entstandene Jagdschloss mit Aussichtsturm, die Reithalle, der Bärenzwinger sowie eine Parkanlage mit Wildgehege, das Teil der fürstlichen Hofhaltung der Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen war. Heute wird das Possen-Areal, unweit der Stadt Sondershausen, als Freizeit- und Erholungspark genutzt.

„Der Possen als Erlebnisraum hat Tradition“, so Babett Pfefferlein. Es wundere sie daher nicht, dass sich die Bürgerschaft in Sondershausen in einer Bürgerinitiative für ihren Possenwald stark mache.

Die Chancen einer Entwicklung zum Naturwald liegen auf der Hand: Vom Aufgeben der intensiven, forstwirtschaftlichen Nutzung rund um den Touristenmagnet kann vor allem die Natur profitieren. Unter dem Motto „Natur Natur sein lassen“ wäre künftig die ungestörte Entwicklung von Tierarten und Pflanzenarten möglich. Dieser wilde Wald ist die Voraussetzung für einen sanften und nachhaltigen Naturtourismus, der diesen Namen auch verdient. So kann sich der Tourismus als ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Region entwickeln.



Foto: Thomas Stephan



SONNENSTROM IM LAND MACHT GROSSEN SCHRITT

Mit der im November 2016 in Kraft getretenen Richtlinie „Solar Invest“ nimmt die Thüringer Energiewende wieder deutlich an Fahrt auf. In verschiedenen Fachgesprächen und mit einer so genannten „Sonnenkonferenz“ hatte die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ausgestaltung der Förderung vorbereitet. Diese zielt darauf ab, den Eigenverbrauch von Strom aus Photovoltaik zu erhöhen und die Einführung von Mieterstrommodellen voranzutreiben. Daneben sollen Bürgerenergiegenossenschaften bei der Teilnahme an Ausschreibungsverfahren nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2017 unterstützt werden.

Das neue Förderprogramm setzt neue Impulse für den Klimaschutz und die Nutzung der Sonnenenergie in Thüringen. Dadurch werden wichtige, lokale Akteure der Energiewende

wie Kommunen und kommunale Unternehmen, die Thüringer Wohnungswirtschaft, Kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) sowie Bürgerenergiegenossenschaften und private Antragsteller unterstützt. Durch Mieterstrommodelle können erstmals auch Mieterinnen und Mieter von den Kostenvorteilen erneuerbarer Energien profitieren.

Die enorm positiven Reaktionen auf dieses Angebot und die Vielfalt der angestrebten Projektlösungen machen die Innovationskraft in der Thüringer Solarbranche deutlich. Die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird sich deshalb dafür einsetzen, dass die Mittel für „Solar Invest“ im kommenden Doppelhaushalt um 3 Mio. EUR pro Jahr aufgestockt werden.



Öffentlicher Nahverkehr in Südthüringen wird ausgebaut

Der Schienenverkehr in Südthüringen wird ausgebaut. Das ist das erfreuliche Ergebnis unserer zähen Verhandlungen mit dem Infrastrukturministerium.

Nach den Kürzungen der Bundesmittel für den öffentlichen Nahverkehr, den sogenannten Regionalisierungsmitteln, sah es zunächst danach aus, als ob zwischen Sonneberg und Neuhaus sowie zwischen Wernshausen und Zella-Mehlis sogar Takte ausgedünnt werden müssen.

Auf Druck der Südthüringer Kreisverbände von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN konnten wir aber erreichen, dass die Nahverkehrsgesellschaft das Fahrplankonzept zusammen mit der Erfurter Bahn nochmals auf den Prüfstand gestellt hat und dessen Effizienz erhöhen konnte.

So können nun alle Takte erhalten werden und zudem zusätzliche Regionalexpresszüge zwischen Ilmenau und Erfurt, sowie zwischen Schmalkalden und Erfurt bestellt werden.

Zusammen mit der aufgewerteten zusätzlichen landesbedeutsamen Buslinie zwischen Suhl und Coburg und der Beschleunigung des Regionalexpresses zwischen Sonneberg und Nürnberg bietet der ÖPNV damit attraktive Angebote für Reisende, um das Auto immer öfter stehen zu lassen.



Foto: Thomas K.

E-MOBILITÄT WIRD PRAXISTAUGLICH

Die Elektromobilität braucht dringend Unterstützung. Im bundesweiten Vergleich weist Thüringen noch einen erheblichen Nachholbedarf bei der Ladeinfrastruktur auf. Mit Unterstützung der Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN wurde deshalb im Januar die Ladeinfrastrukturstrategie für Elektrofahrzeuge 2016–2020 (LISS) durch das Thüringer Umweltministerium auf den Weg gebracht. Damit entsteht endlich eine flächendeckende Ladeinfrastruktur mit einheitlich technischem Ladestandstandard und einer vollumfänglichen Zugänglichkeit rund um die Uhr.

Bis 2020 werden – gefördert durch Bundes- und Landesmitteln – rund 300 neue Normalladestationen entstehen. Gleichzeitig soll der Aufbau von Mobilitätsstationen unterstützt werden. Hinzukommen sollen weiterhin 70 Schnellladestationen. Das Besondere in Thüringen ist, dass eine Kooperation von Stadtwerken und Thüringer Energie AG dafür sorgen wird, dass flächendeckend im Freistaat ein einheitlicher Zugang für die Nutzerinnen und Nutzer aufgebaut wird.

MENSCHENRECHTSORIENTIERTE FLÜCHTLINGSPOLITIK, SCHUTZ, BLEIBERECHT UND GESUNDHEIT FÜR ALLE



Astrid Rothe-
Beinlich

Schutz statt Abschiebung – klares Nein zu Abschiebungen nach Afghanistan

Auch wenn sich einige Bundesländer – leider auch grünmitregierte – mittlerweile an der Abschiebepolitik der großen Koalition beteiligen, hat sich an der Position in Thüringen nichts geändert: Wir lehnen Abschiebungen nach Afghanistan weiterhin ab. Stattdessen setzen wir uns für einen konsequenten Schutz und ein Bleiberecht für die hier lebenden Menschen ein.

Klar ist, dass sich die Sicherheitslage in Afghanistan eher verschlechtert als verbessert hat. Eine Rückkehr in Sicherheit und Würde ist so gut wie unmöglich. Insbesondere sehen wir die Bundesregierung in der Pflicht, die tatsächliche Situation in Afghanistan anzuerkennen und ihre Einschätzung der Sicherheitslage in Afghanistan gemäß dem

„Die **Sicherheitslage** in Afghanistan hat sich **eher verschlechtert** als verbessert.“

Bericht des UNHCR zu korrigieren. Leider ist der Ermessensspielraum der Länder beim Vollzug von Abschiebeentscheidungen des Bundes nur sehr gering. Allerdings werden wir als rot-rot-grüne-Koalition alle denkbaren Handlungsspielräume nutzen, um Abschiebungen nach Afghanistan zu verhindern.

Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt

Rechte und rassistische Gewalt nehmen leider deutschlandweit zu. Auch in Thüringen. Dies trifft besonders häufig geflüchtete Menschen mit Migrationshintergrund. Wir unterstützen deshalb die Forderung nach einem grundsätzlichen Abschiebestopp und ein humanitäres Bleiberecht von Menschen, die Opfer derartiger Übergriffe wurden und deren entsprechenden Strafverfahren noch nicht beendet sind. Hier sehen wir den Bund in der Pflicht.

Unser Ziel ist es, für die Opfer rassistischer oder rechter Gewalt eine stabile Aufenthaltssituation zu schaffen. Erst dadurch würde ein rechtstaatliches Verfahren gegen die Täterinnen und Täter ermöglicht, welches aufgrund der Abwesenheit der Opfer bislang viel zu oft mit einem Freispruch endet.

Verbunden wäre damit auch ein klares Signal an die Täterinnen und Täter: Mit ihrem Gewaltakt gegen Geflüchtete würde so das Gegenteil ihres Ziels erreicht. Gleichzeitig würde das eine politische Verantwortungsübernahme des Staates bedeuten. Wir streben dazu eine landesrechtliche Regelung an, wie sie beispielsweise auf grüne Initiative hin in Brandenburg getroffen wurde.

Elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete ist ein großer Gewinn

Nach Abschluss der Rahmenvereinbarung zwischen Land, Kommunen und Krankenkassen erhalten seit dem 01.01.2017 Geflüchtete in Thüringen endlich eine elektronische Gesundheitskarte (eGK). Bisher musste für einen Arztbesuch umständlich und bürokratisch ein Behandlungsschein der jeweiligen Sozialbehörde eingeholt werden. Nun können in Geflüchtete in Thüringen, wie alle anderen auch, die freie Arztwahl nutzen und medizinische Versorgung niedrigschwellig in Anspruch nehmen.

Unnötige Verzögerungen von dringend notwendigen Behandlungen und Verschleppungen von Krankheiten können damit vermieden werden. Allerdings verbessert die eGK alleine den eingeschränkten Versorgungsumfang von Geflüchteten noch nicht. Ohne die Abschaffung des diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetzes werden leider weiterhin nur akute Erkrankungen und Schmerzzustände behandelt. Unser Ziel aber bleibt ein gleichberechtigter Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle.

Allein die Krankenkasse AOK Plus hat
seit der Einführung bereits **über 1.500**
Karten an Geflüchtete ausgegeben.



RÜCK- UND AUSBLICK



Alle Termine und Infos gibt es auch auf der Internetseite der Fraktion: gruenlink.de/gch



Fotos: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

25. Januar 2017

Vor der Sitzung des Januarplenums präsentierte die grüne Landtagsfraktion gemeinsam mit den Fraktionen von LINKE, SPD und CDU im Thüringer Landtag ein großes Foto des Berliner Mahnmals für die Opfer der Shoah. Mit der Aktion in der Woche des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus setzten die Fraktionen ein Zeichen dafür, wie wichtig in unserer heutigen Gesellschaft nach wie vor das Erinnern an das Verbrechen und das Gedenken der Opfer ist.

9. bis 11. Juni 2017

„Apolda klingt!“ Neben der Landesgartenschau (ab dem 29. April 2017) richtet die Stadt Apolda in diesem Jahr auch den Thüringentag aus. Mit etwa 150.000 erwarteten Gästen ist der Thüringentag das größte Thüringer Landesfest. Natürlich werden auch unsere grünen Abgeordneten vor Ort sein und freuen sich auf interessante und anregende Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern im Land.

GRÜNE ERFOLGSREZEPTE

Gutes und gesundes Essen ist wichtig! Dafür sind saisonale Produkte aus ökologischem Anbau, aber auch leckere Rezepte die Voraussetzung. Die Lieblingsgerichte unserer Abgeordneten und unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat die grüne Fraktion in einem Rezeptheft zusammengestellt. Darin präsentieren wir schmackhafte und einfach nachzukochende Gerichte, geben Tipps für saisonales Essen - inklusive Saisonkalender - und zeigen, was bei uns auf dem Tisch landet.

Wir wünschen viel Spaß beim Nachkochen!



17. Juni 2017

Der Thüringer Landtag öffnet seine Türen. Am alljährlichen Tag der offenen Tür bietet sich für unsere Fraktion die Möglichkeit, den Besucherinnen und Besuchern einen Einblick in unsere Arbeit sowie die aktuellen Themen im Land zu geben und sie im Herzen der Thüringer Demokratie zu begrüßen.



DIE MITARBEITERIN NEN DER FRAKTION

Geschäftsstelle



Julia Ströbel
Fraktionsgeschäftsführerin
Telefon: 0361/3772-669
E-Mail: julia.stroebel@gruene-fraktion.thueringen.de



Ines Birkmann
Referentin der Fraktion
Telefon: 0361/3772-670
E-Mail: ines.birkmann@gruene-fraktion.thueringen.de



Beate Blumenstein
Referentin des Fraktionsvorsitzenden
Telefon: 0361/3772-660
E-Mail: beate.blumenstein@gruene-fraktion.thueringen.de



Beatrice Sauerbrey
Referentin der Parlamentarischen Geschäftsführung
Telefon: 0361/3772-676
E-Mail: beatrice.sauerbrey@gruene-fraktion.thueringen.de

Pressestelle



Sebastian Arnold
*Presse- und Kommunikationsverantwortlicher
Pressesprecher*
Telefon: 0361/3772-666
E-Mail: sebastian.arnold@gruene-fraktion.thueringen.de



Mona Walter
*Stellvertretende Pressesprecherin
Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
Veranstaltungskoordination*
Telefon: 0361/3772-690
E-Mail: mona.walter@gruene-fraktion.thueringen.de

Impressum hinterGRÜNde

Fraktionszeitung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtagsfraktion Thüringen

Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Telefon: 0361/3772670

E-Mail: info@gruene-fraktion.thueringen.de
Internet: www.gruene-fraktion.thueringen.de

Vi.S.d.P.: Sebastian Arnold
Druckunterlagenschluss: Februar 2017
Layout, Satz: WA Kleine Arche GmbH, Erfurt

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden. Wir nutzen Ihre gespeicherten Kontaktdaten ausschließlich für die Zusendung von Informationen über unsere parlamentarische Arbeit. Nachfragen oder Widersprüche an: datenschutz@gruene-fraktion.thueringen.de

Weitere Informationen zur Arbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Thüringer Landtag finden Sie in unserer aktuellen Fraktionsbroschüre: <http://gruenlink.de/19r6>

Besuchen Sie uns auch
im Social Web!



www.facebook.com/gruenthl
www.twitter.com/gruenethl
www.youtube.com/gruenethl

Parlamentarische Beratung



Tamer Düzyol
Referent für die Begleitung des NSU-Untersuchungsausschusses
Telefon: 0361/3772-682
E-Mail: tamer.duezyol@gruene-fraktion.thueringen.de



Christian Foß
*Referent für Wissenschaft, Netzpolitik, Europa, Medien,
Kultur und Datenschutz*
Telefon: 0361/3772-689
E-Mail: christian.foss@gruene-fraktion.thueringen.de



Tino Gaßmann
*Referent für Bildung, Jugend, Religion, Aufarbeitung,
Asyl- und Migrationspolitik*
Telefon: 0361/3772-683
E-Mail: tino.gassmann@gruene-fraktion.thueringen.de



Michael Kost
Justiziar und Referent für Justizpolitik
Telefon: 0361/3772-667
E-Mail: michael.kost@gruene-fraktion.thueringen.de



Sybille Mattfeldt-Kloth
*Referentin für Begleitung des Untersuchungsausschusses 6/3
(„Möglicher Amtsmissbrauch“)*
Telefon: 0361/3772-677
E-Mail: sybille.mattfeldt-kloth@gruene-fraktion.thueringen.de



Tobias Lange
*Referent für Grundsatzfragen,
Innenpolitik und Kommunales*
Telefon: 0361/3772-680
E-Mail: tobias.lange@gruene-fraktion.thueringen.de



Kathleen Lützkendorf
*Referentin für Soziales, Gesundheit, Verbraucherschutz,
Ernährung, Arbeit, Gleichstellung und Petitionen*
Telefon: 0361/3772-673
E-Mail: kathleen.luetzkendorf@gruene-fraktion.thueringen.de



Ralf Martin
*Referent für Justiz und die Begleitung des
Immelborn-Untersuchungsausschusses*
Telefon: 0361/3772-679
E-Mail: ralf.martin@gruene-fraktion.thueringen.de



Matthias Schlegel
*Referent für Bau, Landesplanung, Verkehr, Wohnen,
Landwirtschaft, Forsten und Gentechnik*
Telefon: 0361/3772-691
E-Mail: matthias.schlegel@gruene-fraktion.thueringen.de



Norbert Sondermann
Referent für Energie, Klima, Umwelt, Naturschutz und Sport
Telefon: 0361/3772-692
E-Mail: norbert.sondermann@gruene-fraktion.thueringen.de